

## Bürgerinitiative Baumschutz – starke Lobby für Braunschweigs Bäume

Zwei Jahre nach Abschaffung der Baumschutzsatzung erlebt Braunschweig derzeit eine nie da gewesene Anzahl von Baumfällungen. Es scheint, als wäre mit der Baumschutzsatzung auch das Umweltbewusstsein abgeschafft worden. Auf vielen Grundstücken werden gesunde alte Bäume gefällt, die Garten- und Landschaftsbau-Firmen erleben einen wahren Boom und eine städtische Behörde geht mit schweren Gerät ans Werk und rodet großflächig, wenn sich ein einzelner Anwohner über einen Ast oder eine Wurzel beschwert.

Seit Herbst 2003 mehren sich deutlich die Fälle von Baumrodungen im Braunschweiger Stadtgebiet. Der erste bekannt gewordene Fall ereignete sich bereits im Oktober, als in Mascherode aufgrund einer Anwohnerbeschwerde, die sich auf einen einzelnen Ast bezog, ein ca. 6 m breiter und über 100m langer Streifen entlang des Waldrandes des Landschaftsschutzgebietes Rautheimer Holz gerodet wurde. Im NSG Riddagshausen wurde im Dezember 2003 gleich ein ganzer Erlenbruchwald abgeholzt, unter Angabe von „naturschutzfachlichen“ Zielsetzungen, deren Erreichbarkeit vom NABU mehr als angezweifelt werden. Ebenfalls im Dezember wurden dann wieder im Rautheimer Holz umfangreiche „Pflege“-Maßnahmen durchgeführt, bei denen zahlreiche Bäume, darunter auch alte gesunde Eichen, gefällt wurden. Im Februar schließlich wurden, wiederum aufgrund einer Anliegerbeschwerde, die sich auf wenige Äste bezog, im Bereich Wabe/Am Hohen Felde – wiederum innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes – eine große Anzahl Bäume gefällt, wieder in einer ebenso langen und breiten Schneise.

Umfragen in den betroffenen Gebieten ergaben allenorten Unverständnis über so viel Naturzerstörung. Aber Bürger-Beschwerden werden mit gleichförmigen Antwortschreiben abgewimmelt oder arrogant abgefertigt. Das Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Behörden ist groß. Aus diesem Grund trafen sich am 25.02.2004 Anwohnerinnen aus den betroffenen Gebieten, so die Initiatorinnen Gabriele Uhlmann, Jutta Guttropf und Helga Gutzke, und der Leiter der NABU Geschäftsstelle Braunschweig, Carlo Fuchs, um ihre Erfahrungen mit den zuständigen Behörden sowie Informationen zu den inakzeptablen Eingriffen auszutauschen. Einvernehmlich wurde die Notwendigkeit festgestellt, dass nicht Einzelproteste sondern nur ein Zusammenschluss den derzeitigen Trend in der Stadt Braunschweig stoppen können. Die „Bürgerinitiative Baumschutz“ war gegründet!

Bis dahin von der Presse nur mäßig beachtet, sind die Bäume Braunschweigs seitdem in den Schlagzeilen. Zahlreiche weitere Fälle wurden an die BI herangetragen, wodurch schnell klar wurde, dass die vier ersten Fälle nur die Spitze des Eisberges waren. Seitdem werden alle gesammelten Fälle publik gemacht und der Schriftverkehr sowie die Presseveröffentlichungen auf der neu eingerichteten Internetseite <http://www.bi-baumschutz-bs.catal.de> veröffentlicht.

„Wer einen Baum gepflanzt hat, soll ihn wieder fällen dürfen.“ Diese eingängige Formel diene und dient als Hauptargument gegen die Baumschutzsatzung. Im privaten Bereich sind hier meist nur einzelne Bäume betroffen, was von den bekannten Auswirkungen auf das direkte Wohnumfeld allein schon schlimm genug ist. Von Baugenossenschaften wurden dagegen wiederholt ganze Innenhöfe gerodet, um möglichst langzeitbesonnte Balkone zu bekommen, da sich solche Wohnungen vermeintlich besser vermieten oder auch verkaufen lassen. Verkahlte Innenhöfe mit heißem, staubtrockenem Klima lassen im darauffolgenden Sommer alle Anwohner den Verlust spüren. So geschehen an der Luisenstraße und aktuell in Rautheim. Doch das interessiert bei den Entscheidungsträgern offensichtlich niemanden. Dramatische Züge nehmen solche Massenrodungen an, wenn selbst oder gerade von städtischen Behörden sogar vor Schutzgebieten nicht halt gemacht wird. An der Wabe hielt es der FB Stadtgrün für richtig, die Landschaft den Maschinen anzupassen. Ein Hubsteiger braucht Platz, da müssen schon mal 91 Bäume fallen, um an ein paar Äste heranzukommen, die über einen Zaun wachsen. Der FB-Leiter Herr Günther dementierte auf der Podiumsdiskussion der BZ zum Thema „Braucht Braunschweig wieder eine

Baumschutzsatzung?“ zwar vehement eine starke Zunahme von Baumfällungen durch seine Behörde, musste auf Nachfrage aber zugeben, dass ihm für fundierte Dementi überhaupt keine Zahlen vorliegen. Dafür besaßen aber sowohl er selbst wie auch der beteiligte CDU-Politiker Hennig Brandes eindeutige Vorstellungen darüber, wie man sich ein Pflegekonzept für unsere Parks vorzustellen habe. Hier müsste endlich wieder einmal kräftig für Ordnung gesorgt und jahrzehntelang missachtete Sichtachsen in den vorhandenen Baumbestand geschlagen werden. Selbst in jüngeren Anlagen wie den Westpark, wo derartiges nie vorgesehen war und wo die nicht gerade naturverwöhnten Anwohner der Weststadt für jedes Stück Urwüchsigkeit dankbar sind. Aber ungeachtet öffentlicher Bürgerproteste, wie z. B. gegen die geplanten Maßnahmen im Prinz-Albrecht-Park, „werden wir dies beschließen und auch durchführen“, Zitat Herr Brandes. Welch Selbstgefälligkeit! Zudem ist es bedauerlich, dass es sowohl innerhalb der politischen Parteien wie auch in der ausführenden Behördenebene immer noch viele Vertreter gibt, die nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass sich in weiten Teilen unserer heutigen Gesellschaft die Einstellung zu unseren Wäldern, Parks und Gärten gewandelt hat. Galt vor 100 Jahren noch die Prämisse "Aufgeräumt muss es sein und mit dem Lineal gestaltet", so wird heute insbesondere eine möglichst naturnahe Umgebung besonders wertgeschätzt. Die naherholungssuchenden Bürger wünschen sich Naturgenuss in unseren städtischen Parks und nicht, wie bei der Podiumsdiskussion vorgetragen, die Reanimation längst überholter Wertvorstellungen von freiem Blick und geometrischen Gestaltungen à la Sanssouci.

Im Niedersächsischen Naturschutzgesetz heißt es unter § 3 „Allgemeine Pflicht“: „Natur und Landschaft dürfen nicht verunreinigt oder verunstaltet werden. Der Naturgenuss anderer in der freien Natur und Landschaft darf nicht unnötig beeinträchtigt werden.“ Unter § 26 „Landschaftsschutzgebiete“ heißt es explizit: „Die Verordnung untersagt .... bestimmte Handlungen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere das Landschaftsbild oder den Naturgenuss beeinträchtigen.“ Die Nichtbeachtung dieses Gesetzes gerade in Teilen der Verwaltung ist erschreckend. Und das negative Vorbild treibt bereits erste Blüten. So beauftragte ein Geschäftsmann einen Gärtner mit der Fällung von über 100 Bäumen an der A39, um freie Sicht auf sein Firmenschild zu schaffen – Bäume, die sich im Besitz der Bundesrepublik Deutschland befanden. Die BI erstattete hier inzwischen Anzeige.

Wurden nach Abschaffung der Baumschutzsatzung durch Schwarz/Gelb die vom etablierten Naturschutzverband NABU herausgegebenen Pressemitteilungen zu den immer wieder festgestellten Baumfällungen von der Presse meist nicht wiedergegeben, so scheint mit Gründung der BI Baumschutz hier nun endlich ein Umdenken stattgefunden zu haben. Bereits die Veröffentlichung der ersten kritischen Berichte reichte aus, dass sich nun auch der Unmut in der breiten Öffentlichkeit regte. Die Gründung einer Bürgerinitiative war offenbar der notwendige und richtige Schritt, um das Thema Baumschutz endlich wieder in den Fokus zu rücken. Dass die BI hier allerdings die Kontrollfunktion übernehmen muss, für die es von den SteuerzahlerInnen bezahlte, behördliche Instanzen gibt, ist mehr als befremdlich. Wir werden uns auf jeden Fall weiter um die nachhaltige Aufmerksamkeit und die öffentliche Meinung der Braunschweiger Bürger für unsere Bäume bemühen. Bitte melden Sie uns auch weiterhin alle Baumfällungen und geben Sie uns Ihre Unterstützung! Und möglicherweise besinnt sich die zuständige Verwaltung ja doch noch darauf, mit gutem Beispiel voran zu gehen, der Natur ihr Recht zu gewähren und das Umweltbewusstsein, für das eine ganze Generation gekämpft hat, zu stärken. Dazu gehört unter anderem

- die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung
- eine bessere Informationspolitik
- die Beteiligung der AnwohnerInnen
- die Einbindung der Fachkompetenz des NABU, BUND und der TU Braunschweig
- die Stärkung der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) durch mehr engagiertes Fachpersonal und gründliche Einzelfallkontrollen (einschl. Begehungen) durch die UNB.

Darüber hinaus sollte die Pflege unserer Parks und Wälder unter der prioritäre Zielsetzung „naturnah“ erfolgen und bei einer wirtschaftlichen Nutzung des Waldes negative Entwicklungen wie z. B. des Eichensterbens besondere Berücksichtigung finden.

**Gabriele Uhlmann**  
**Carlo Fuchs**